**Rede zur Solidaritätskundgebung für Israel am 24. Oktober 2023 in Tübingen, Holzmarkt**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mein Name ist **Martin Ulmer**, ich bin hauptamtlicher Geschäftsführer des Gedenkstättenverbunds Gäu-Neckar-Alb – das ist ein Zusammenschluss von 14 Gedenkstätten im südwestdeutschen Raum. Zudem bin ich ehrenamtlicher Vorsitzender der Geschichtswerkstatt Tübingen. Wir beschäftigen uns seit über dreißig Jahren mit der Geschichte der Juden in der Region, mit der Zeit des jüdischen Lebens vor 1933 und der Vertreibung und Ermordung der Jüdinnen und Juden in der Shoah.

Dort, wo heute am Holzmarkt die Textilkette New Yorker ist, war bis 1935 das größte Textilgeschäft Tübingen, das Modehaus Degginger Nachfolger. Die beiden Besitzer Albert Schäfer und Jakob Oppenheim waren angesehene und erfolgreiche jüdische Kaufleute, bis die Nazis in Tübingen ab 1930 immer mehr dominierten. Das Geschäft wurde boykottiert und 1938 an den NSDAP-Stadtrat Karl Haidt zwangsverkauft. Die Familie Oppenheim konnte noch rechtzeitig in die USA fliehen. Albert Schäfer starb an den Folgen der KZ-Haft infolge der Pogromnacht, seine Frau Selma Schäfer wurde Ende 1941 nach Riga deportiert und im Frühjahr 1942 von der deutschen SS ermordet. Die ältere Tochter, Hertha Schäfer konnte in die USA flüchten, die jüngere Tochter Lieselotte entschloss sich schon 1937, sie war damals gerade 16 Jahre alt, sich der Alijah anzuschließen und ins britische Mandatsgebiet Palästina auszuwandern. Die Geschichtswerkstatt Tübingen hat die Geschichte der Familie Schäfer und die Entwicklung des Modegeschäfts intensiv erforscht. Wir haben in Israel mit Lieselotte Schäfer mehrere Interviews geführt. Nach ihrer Flucht lebte sie dann im Kibbuz Ginosar am See Genezareth. Nur so konnte sie im Gegensatz ihrer Eltern die Shoah überleben. Die Zeiten bis zur Staatsgründung Israel 1948 waren für sie hart und beschwerlich und von Abwehrkämpfen im Kibbuz gegen arabische Extremisten geprägt. Erst Ende der 1940er Jahren normalisierte sich ihr Leben. Sie war jedoch sehr froh, dass sie durch diese Fluchtmöglichkeit in den Nahen Osten die deutsche Shoah überlebt hat und war Israel und der Kibbuzbewegung bis zu ihrem Tod vor wenigen Jahren sehr dankbar. Die Flucht in den Nahen Osten hat Hunderttausenden Juden aus Deutschland und Europa das Leben vor antisemitischer Verfolgung gerettet.

Darunter war auch ein Teil der Rexinger Juden, die 1937 im Zuge einer Gruppemauswanderung dort die Siedlung Shavei Zion im Norden von Israel gegründet haben. Aus diesen konkreten Lebensgeschichten und allgemein der Verfolgung und Ermordung der Juden in Deutschland und Europa ergibt sich in Deutschland die besondere Verantwortung für Israel, denn wir sind die Nachkommen der Tätergeneration der deutschen Shoah und verantwortlich dafür, dass die Shoah und andere NS-Verbrechen nicht vergessen werden und Israel nach den ungeheuerlichen Menschheitsverbrechen an sechs Millionen Juden einen besonderen Platz als Freund in unseren Denken, Handeln und in unserem Herzen hat. Das ist eine zentrale Lehre aus der deutschen Shoah. Ob es dann deutsche Staatsräson für die Sicherheit Israels oder besondere deutsche Verantwortung für Israel heißt, ist zweitrangig. Das politische Bekenntnis zum jüdischen Staat Israel und seiner Sicherheit sowie eine gelebte Solidarität mit Israel und mit seinen Bürgerinnen sind ein zentraler Grundpfeiler unser Demokratie in Deutschland nach der Shoah. Wer diese Grundüberzeugung in Deutschland jedoch in Frage stellt, egal ob er oder sie deutscher, palästinensischer, arabischer und türkischer oder andere Herkunft ist, stellt sich außerhalb der demokratischen Wertegemeinschaft. Unter Freunden kann sachliche Kritik an deutschen und israelischen Regierungsentscheidungen jedoch immer möglich sein.

**Zur Rolle von Hamas und Djihad**

Es ist naiv und lebensgefährlich, sich über die Hamas und den Dschihad Illusionen zu machen. Diese radikal-islamistische Terrororganisationen haben Anfang der 2000er Jahre in Israel Dutzende Busse mit Zivilisten in die Luft gesprengt. Am 7. Oktober 2023 hat sich ein entsetzliches Pogrom nach der Shoah an der israelischen Zivilbevölkerung in Siedlungen und Kibbuzim im Süden des Landes ereignet. 1.400 jüdische Menschen wurden durch die Hamas getötet. Die Bilder der grausamen Morde an wehrlosen Familien, Frauen, Kindern sind unerträglich. Auch die Verschleppung von 220 Geißeln - hauptsächlich Zivilisten- in den Gaza-Streifen sind abscheuliche Verbrechen.

Hier kann es kein reflexhaftes „Ja, aber die Israelis…“ geben. Diese schlimmsten Kriegsverbrechen, die durch nichts zu rechtfertigen sind, gehen auf das Konto dieser radikal-islamistischen Hamas, die angetrieben ist von einem mörderischen Judenhass. Die Hamas verfolgt bis heute das Ziel der Vernichtung Israels, genauso wie der sie unterstützende Iran - der dort brutal die Freiheit der Menschen und Frauen unterdrückt und die Hisbollah im Libanon, die als radikalislamistischer Gottesstaat den Libanon beherrscht. Der Drahtzieher ist der Iran, der durch harte Sanktionen der freien Welt bekämpft werden muß.

Die Hamas hat nach ihrem Wahlsieg mit 44 Prozent im Jahr 2006 im Gaza eine menschenverachtende Diktatur errichtet und die palästinensische Zivilbevölkerung in Geißelhaft genommen. Sie hat viele Ressourcen, die für leidende und arme Menschen im Gaza bestimmt waren, im Kampf gegen Israel missbraucht.

Daher können Demokratinnen und Demokraten niemals irgendein Verständnis für solche islamistischen Terroristen und Diktatoren haben. Israel hat das Recht, sich gegen diesen massiven Terrorkrieg zu wehren, jeder andere Staat auf der Welt würde genauso handeln. Die Terrorstrukturen der Hamas und des Djihad müssen zerschlagen werden, damit es überhaupt einen Frieden im Nahen Osten geben kann.

Dennoch: Es wäre zu wünschen, dem entgrenzten wahnhaften Haß der antisemitischen Islamisten keinen grenzenlosen Haß auf der Gegenseite folgen zu lassen, sondern besser wäre politische Vernunft und Weitsicht sowie strategisches Abwägen. Die Zivilbevölkerung im Gaza sollte aus der notwendigen Terrorbekämpfung der Hamas und des Djihads herausgehalten werden, sie hat ein Menschenrecht auf Leben und auf ausreichender Versorgung. Mittelfristig braucht die Zivilbevölkerung eine friedliche und gerechte Perspektive für einem eigenen wirtschaftlich überlebensfähigen palästinensischen Staat ohne islamistische Terroristen und Judenhaß. Die westlichen Vermittler, Ägypten, Jordanien und auch Israel bemühen sich, dass eine massive humanitäre Krise im Gaza abgewendet wird. Trotzdem bleibt dies in der angespannten Kriegssituation eine sehr schwierige Gradwanderung.

**Gegen islamistische und antisemitische Bedrohungen in Deutschland**

Den Krieg der Hamas auf den Straßen und im Internet – den bestimmte palästinensische Kreise und andere Sympathisanten und Hamas- und Iran-Schläfer in Deutschland gegen die jüdischen und israelische Einrichtungen und Menschen führen - gegen den muß mit aller rechtsstaatlichen und politischer Härte eingeschritten werden. Die oft gezeigte Parole „Free Palästine from the River to the sea“ auf Pro-Palästina-Demos verneint die Existenz Israels und sein Existenzrecht und ist damit eindeutig antisemitisch, diese Parole hatte bereits die Hamas in ihrem Wahlkampf 2006 verwendet.

Machen wir uns nichts vor, in Deutschland wurde zulange der virulente Antisemitismus bei einem Teil der Muslime in Deutschland (Umfragen verweisen auf 55-60 Prozent in Deutschland) aus wohlwollenden Integrationsverständnis ignoriert und kleingeredet. Doch die antisemitischen Parolen und zahlreichen Angriffe seit 7. Oktober mit über 1.100 Straftaten zeigen, dass gefährliche islamistisch und antisemitische Parallelgesellschaften entstanden sind, die die Grundfeste unsere Demokratie und die Sicherheit der jüdischen Menschen in Deutschland 80 Jahre nach der Shoah wieder bedrohen. In Berlin und anderswo trauen sich laut Süddeutscher Zeitung keine jüdischen Schüler mehr in die eigene jüdische Schule, weil sie sich auf dem Hin- und Rückweg vor Übergriffen fürchten. Synagogen werden angegriffen, und allein in Baden-Württemberg wurden seit 7. Oktober 20 Israel-Flaggen an Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden heruntergerissen oder abgebrannt. Diese antisemitische Gewalt und Bedrohungen darf es in Deutschland nicht geben!

Hier müssen Politik, Polizei, Justiz und Zivilgesellschaft zum Schutz jüdischen Lebens klar zusammenstehen und einschreiten. Islamistische Straftäter und antisemitische Hetzer müssen konsequent verhaftet und verurteilt werden, genauso wie konsequent gegen den wachsenden Einfluss von rechtsextremem Kreisen und Straftaten vorzugehen ist

**Zum Schluss möchte ich noch einen positiven Vorschlag formulieren:**

Die Universitätsstadt Tübingen könnte eine Städtepartnerschaft mit einem schwer vom Terror betroffenen Kibbuz aus dem Süden Israel eingehen. Das wäre ein starkes kommunales, bürgerschaftliches und menschliches Signal für eine konkrete Solidarität mit Israel und seinen Bürgerinnen und Bürgern.

Falls mittelfristig hoffentlich ein echter Friedensprozeß in Gang kommt, der die legitimen Interessen von Israel nach Sicherheit und der Palästinensischen Bevölkerung nach einen eigenen Staat anstrebt, wäre dann nicht auch eine kommunale Partnerschaft mit einem Versöhnungsprojekt auf palästinensischer Seite denkbar?

Ich danke Ihnen!